

Der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0109/21 und der Antrag der Verwaltung V0550/21 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

V0109/21

Sicherer Hafen Ingolstadt

- Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke vom 01.02.2021 -

Stadtrat vom 29.07.2021

Stadtrat Dr. Schickel berichtet über ein Mädchen, das 2015 nach Deutschland kam und kein Deutsch sprechen konnte und im Jahr 2016/17 ihr Abitur mit einem Schnitt von 1,2 abgeschlossen habe, deshalb möchte er sich bei allen Flüchtlingshelfern und allen die zur Integration der Menschen beigetragen haben danken. Er trägt vor, dass die CSU-Fraktion den Punkten eins bis fünf zustimmen werde, zu Punkt sechs gebe es aber Vorbehalte und deswegen beantragte er zu Punkt sechs getrennte Abstimmung. Der Antrag Ingolstadt zu einem sicheren Hafen zu erklären orientiere sich an einem Musterantrag der sogenannten „Seebrücke“, auf der Seite dieser „Seebrücke“ sei beschrieben, dass es nicht bei Symbolpolitik bleibe, sondern mit Forderungen verbunden sei und diese auch tatsächlich umzusetzen seien, unter anderem heiße es, ein langfristiges Ankommen für alle Geflüchteten zu ermöglichen, sichere Fluchtrouten zu schaffen und sich gegen Abschiebungen einzusetzen. Stadtrat Dr. Schickel betont, dass es dennoch wichtig sei, die Verantwortung gegenüber den hier lebenden Menschen nicht vernachlässigt werden dürfe, denn wenn die bestehenden Programme ausgeweitet werden und man noch mehr Geflüchtete in Ingolstadt aufnehme, erhöhe man auch den Druck auf die Menschen die schon am unteren Ende der Gesellschaft seien. Stadtrat Dr. Schickel liest ein Zitat von Sahra Wagenknecht vor „Offene Grenzen helfen den Ärmsten überhaupt nichts. Denn sie haben keine Chance sich auf den Weg zu machen. Man bekämpfe die Armut in diesen Ländern nicht dadurch, dass wir die Mittelschicht nach Europa holen.“ Deswegen halte die CSU-Fraktion eine Hilfe vor Ort für sinnvoll, denn die Hilfe vor Ort sei tatsächlich die beste Möglichkeit Menschen vor der Flucht zu bewahren.

Stadtrat Bannert geht auf den Antrag der Stadtratsgruppe die Linke und die Stadtratssitzung in 2019 ein, in der der damalige Oberbürgermeister Dr. Lösel einen Kompromissvorschlag erreicht habe, um die Anliegen aller Stadträte zu vereinen. Dabei habe man sich darauf geeinigt, mit ausgewählten Projekten in den betroffenen Ländern vor Ort zu helfen, denn jeder Euro vor Ort sei um ein Vielfaches effektiver angelegt als hier in Ingolstadt. Stadtrat Bannert stellt deshalb den Antrag der Stadtratsgruppe die Linke in Frage. Des Weiteren geht er auf die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und beantragt zu allen sechs Punkten Einzelabstimmung. Zu Punkt eins werde die AfD-Fraktion zustimmen. Zu Punkt zwei denkt er, dass dies politisch das falsche Signal sei und eine Aufforderung an die Schlepperbanden an Land und auf See sei, und deshalb werde die Fraktion dem Punkt nicht zustimmen. Mit dem Punkt drei sei die AfD-Fraktion auch nicht einverstanden, denn wenn der Bund Aufnahmeprogramme beschließe, solle er sich dem auch annehmen und nicht alles auf die Kommunen abwälzen. Auch störe ihn der Hinweis in der Vorlage, dass die Stadt weiterhin im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit auch künftig geflüchtete Menschen im Rahmen von Aufnahmeprogrammen aufnehmen werde. Punkt Nummer vier werde die AfD-Fraktion zustimmen, genauso wie Nummer 5, zu diesem Punkt führt Stadtrat Bannert aus, dass die Leistungen Integration, Bildung, Gesundheitsvorsorge und Wohnen nicht nur in Europa

einzigartig seien, sondern weltweit bewundert werde, wie das deutsche Volk dies bewältige. Bei Punkt sechs sei er der gleichen Meinung wie Stadtrat Dr. Schickel, und deshalb werde die AfD-Fraktion diesem Punkt nicht zustimmen.

Stadträtin Bulling-Schröter zitiert eine Presseerklärung vom 27.07.2021, „57 Menschen bei Bootsunglück gestorben“, immer wieder ertrinken Menschen im Meer und diese müsse man schützen, denn es gehe auch um Menschenrechte und diese Menschenrechte seien zu wahren, denn die Menschen werden bedroht und flüchten vor dem Krieg, deshalb sei die Stadtratsgruppe die Linke für den sicheren Hafen. 253 Städte hätten bereits den sicheren Hafen ausgerufen, das sei ein großes Zeichen. Es sei wichtig zu zeigen, dass man über das Maß hinaus gehe und in Ingolstadt gehe es um 100 Personen die aufgenommen werden sollen. Stadträtin Bulling-Schröter sträubt sich gegen die Meinung einer Partei, dessen Fraktionsvorsitzender im Bundestag gesagt habe, die Grenzen sollen dicht gemacht und die grausamen Bilder seien auszuhalten. Die Mehrheit in diesem Stadtrat wolle die Bilder nicht aushalten.

Stadträtin Krumwiede hebt hervor, dass das Ankerzentrum für die Beschleunigung der Abschiebungen angelegt sei und nicht für die Integrationsbereitschaft in Ingolstadt. 253 Städte seien zwar am Projekt „Sicherer Hafen“ beteiligt, nur könne keiner dieser Städte im Moment die Selbstverpflichtungen erfüllen, da die Bundesregierung seit acht Monaten keine Geflüchteten mehr aus Seenotrettungen in Deutschland aufnehme. Es gehe darum, dass die Kommunen ein Signal senden und es sei ihr Wunsch heute zu beschließen, dass auch Ingolstadt es nicht hinnehme, dass im Mittelmeer die Menschenrechte nicht eingehalten werden.

Stadtrat Dr. Lösel macht darauf aufmerksam, dass man die gleiche Situation schon vor ein paar Jahren gehabt habe und dieses Gremium in zwei Teile zerfallen sei, genauso wie die Gesellschaft auch. Als Politiker gelte es dennoch, diese zwei Teile in irgendeiner Weise zusammen zu bringen und deshalb habe man damals eine Zwischenlösung „sichere Hilfe“ erarbeitet. Es sei wichtig, eine Lösung zu finden, die für alle Parteien und alle Bürger passe, und das sei seiner Meinung nach damals gut gelungen. Ebenso gebe es zum Ankerzentrum eine gespaltene Meinung, die einen sagen, es sei integrativ, die anderen haben die Meinung, es sei nicht dafür angelegt, Stadtrat Dr. Lösel verstehe beide Seiten. Nichtsdestotrotz soll überlegt werden, ob mal die Situation kommen werde, wo das Ankerzentrum nicht mehr bestehe, denn es sei damals mit dem Freistaat Bayern vereinbart worden, dass es die Einrichtung nur bis 31.12.2025 geben werde. Auf diese Vereinbarung soll Acht gegeben werden und entsprechend umgesetzt werden. Des Weiteren bittet Stadtrat Dr. Lösel darum, wenn der sichere Hafen beschlossen werde, und dementsprechend mehr Flüchtlinge nach Ingolstadt kommen, diese Situation dann mit einem weiteren Sonderbauprogramm zu begleiten, denn es gebe auch sehr viele Studenten, die wieder nach Ingolstadt kommen, sobald es wieder Präsenzveranstaltungen gebe.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf hält gegen die Aussage von Stadtrat Dr. Lösel, denn selbst wenn man den sicheren Hafen beschließe, seien keine Sonderbauprogramme nötig, denn die Flüchtlinge werden von Bund und Land zugeteilt und würden nicht unbegrenzt nach Ingolstadt strömen. Für Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei das blanker Populismus.

Stadtrat Dr. Lösel findet, dass es sich nicht um Populismus handle, denn auch er habe die letzten Jahre immer wieder mit Sonderbauprogrammen begründet. Es gehe auch nicht nur um die Flüchtlinge, denn es werde auch durch die Studenten in Ingolstadt zu einer Sondersituation kommen, und deshalb dürfe man das Thema „enger Wohnungsmarkt“ nicht zu einem Problem werden lassen, sondern muss frühzeitig reagieren.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stimmt Stadtrat Dr. Lösel zu, dass auf die Flüchtlingsbewegungen individuell reagiert werden müsse, doch er sei dagegen, dass der Beschluss der Ziffer sechs dazu führe, dass man ein Wohnungsbauprogramm brauche, denn das führe zu Missverständnissen bei der Bevölkerung.

Stadtrat Over äußert sich zum Ankerzentrum und es sei ihm sehr wichtig, die Arbeit und die Tätigkeit des Migrationsrates hervor zu heben. Über zwei Jahre habe er und Fr. Gumplinger im Ankerzentrum „Orientierungskurse“ durchgeführt, in denen gemeinsam mit Caritas, Migrationsrat und Polizei versucht wurde, die Bewohner auf das alltägliche Leben außerhalb der Einrichtung vorzubereiten.

Stadtrat Werner weist darauf hin, dass nicht hunderte oder tausende Flüchtlinge nach Ingolstadt kommen werden, denn es gelte weiterhin der Königsteiner Schlüssel für die Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland auf 253 Kommunen. Es sei ein Akt des Humanismus, wenn man Ingolstadt zum sicheren Hafen erkläre. Die SPD-Fraktion wolle deutlich machen, dass sie es nicht hinnehmen werden, dass täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken und deshalb werden sie dem Punkt sechs zustimmen.

Stadtrat Höbusch bemängelt die Spaltung der Fraktionen, denn es sei in der letzten Wahlperiode ein Kompromiss gefunden worden und es solle vor Ort entsprechend was getan werden und die Fluchtursachen im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten bekämpft werden. Die Deklaration als „sicherer Hafen“ sei deswegen nicht weg zu lassen, denn es sei ein zusammenführendes Element im Dienst und im Sinne der Menschlichkeit.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll geht davon aus, dass keine Massen zuströmen werden, wenn heute Ziffer sechs beschlossen werde, dennoch sehe sie darin keinen Mehrwert für die Menschen, es sei eher ein symbolischer Akt. Sie erinnert auch daran, dass die Stadt in den letzten Jahren eine große Integrationsleistung erbracht habe und man werde diesen Weg weitergehen. Dennoch ist Sie der Meinung, dass man sich den Herausforderungen von mehr Migration stellen müsse und da die Wege im Sinne der geflüchteten Menschen gegangen werden müsse. Durch die „sichere Hilfe“ habe die Stadt 35.000 Euro die die Bürger als Akt der Solidarität erbracht haben großzügig auf 50.000 Euro aufgestockt gehabt und Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hält es für richtig, bei passender Gelegenheit eine solche Aktion noch einmal zu starten.

Stadtrat Niedermeier geht auf den Beitrag von Stadtrat Dr. Lösel ein, der der Meinung ist, dass die Flüchtlinge in Strömen nach Ingolstadt kommen werden. Doch dann stellt Stadtrat Niedermeier sich die Frage, wieso von der Regierung von Oberbayern die Unterakunftsdependance der ANKER-Einrichtung in der Marie-Curie-Straße ab 31.07. geschlossen werde.

Stadtrat Schäuble merkt an, dass es viel einfacher sei, die anderen zu kritisieren, als es selber besser zu machen. Was Ingolstadt in der Aufnahme von Flüchtlingen leiste, sei hervorragend, auch wenn nicht jeder Flüchtling ein Gewinn für Deutschland sei. Doch jeden den man im Mittelmeer sterben lasse, sei einer zu viel. Er ist der Meinung, dass es wichtig sei, ein Zeichen gegen das Sterben im Mittelmeer zu setzen, auch wenn es ein kommunales, plakatives Zeichen sei. Die Frage sei nun, ob Ziffer sechs zugestimmt werde oder nicht. Er werde Ziffer sechs zustimmen, denn das sei ein Symbol, dass die Situation ernstgenommen werde, denn er halte es für eine große humanitäre Katastrophe und man sehe es auch an den Untersuchungen über die illegalen Push-Backs von Frontex aktuell in der EU.

So dann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung V0550/21:

Mit allen Stimmen

1. Die Stadt Ingolstadt stellt weiterhin die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten im Rahmen der rechtlichen Regelungen sicher.

Gegen die Stimmen der AfD

2. Die Stadt Ingolstadt wirbt für private Spenden für Seenotrettung.

Gegen die Stimmen der AfD

3. Die Stadt Ingolstadt ist weiterhin bereit, im Rahmen von Aufnahmeprogrammen auf Bundes- oder Landesebene Schutzsuchende aufzunehmen.

Mit allen Stimmen

4. Die Stadt Ingolstadt bietet bleibeberechtigten Geflüchteten im Rahmen der rechtlichen Regelungen eine Perspektive.

Mit allen Stimmen

5. Die Stadt Ingolstadt unterstützt die Integration bleibeberechtigter Geflüchteter die ihren Wohnsitz berechtigt in Ingolstadt nehmen wollen.

Gegen 20 Stimmen (AfD-Stadtratsfraktion und weitere)

Die Stadt Ingolstadt erklärt sich zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen.